

Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses am Dienstag, dem 02.12.2014, im Großen Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C4.26)

Beginn: 09:00 Uhr Ende: 12:45 Uhr

	I. Öffentlicher Teil		Seite
1.	Einwohnerfragestunde gem. § 12 der Geschäfts- ordnung des Kreistages		5
2.	Jahresabschluss 2013 hier: Beschluss über das Jahresergebnis 2013	189/2014	6
3.	Bericht zur Haushaltssituation 2014	194/2014	7
4.	Darlehensgewährung an den FMO Flughafen Münster/Osnabrück GmbH	213/2014	8
5.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf	210/2014	10
6.	Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Warendorf	207/2014	11
7.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2015 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zustän- digkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	208/2014	12
8.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2015 mit Haushaltsplan und Anlagen	209/2014	15
9.	Delegation der Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen auf den Vollstreckungs(außen)-dienst der kreisangehörigen Städte und Gemeinden	205/2014	16

10. Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das 195/2014 17 Jahr 2013

Anlagen

- Anlage 1: Präsentation zu TOP 3 Bericht zur Haushaltssituation 2014
- Anlage 2: Tischvorlage zu TOP 4 Tischvorlage (Antrag Bündnis 90/ Die Grünen vom 15.11.2014)
- Anlage 3: Präsentation zu TOP 7 Haushaltsplanberatungen 2015
- Anlage 4: Präsentation zu TOP 7 aktuelle Entwicklungen in der IT
- Anlage 5: Präsentation zu TOP 9 Delegation der Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen auf den Vollstreckungs(außen)-

dienst der kreisangeh. Städte und Gemeinden

Anwesend:

Vorsitz

Kreft, Peter

Ausschussmitglieder

Budde, Heinrich

Buschkamp, Franz-Josef Drestomark, Bernhard

Fels, Martin

Fleiter, Albert

Gutsche, Guido Vertretung für Herrn Winfried Kaup

Hermans, Pia beratendes Mitglied

Kleene-Erke, Andrea Kleibolde, Bernhard Menke, Hans-Ulrich

Möllmann, Rolf Pries, Wilhelm

Schulte, Stephan beratendes Mitglied

Schulze Westhoff, Stephan

Thiel, Joachim Vertretung für Herrn Ulrich Schlösser

Westerwalbesloh, Florian

von der Verwaltung

Börger, Heinz Dr.

Funke, Stefan Dr. Gnerlich, Friedrich

Hansen, Peter Dr.

Ingenohl, Christoph anwesend bei TOP 7

Kleier, Ulrike

Knoche, Fabienne Seidel, Ansgar Dr. Vagedes, Wilhelm

Westkamp, Alexander

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder

Kaup, Winfried

Multermann, Joachim

Schlösser, Ulrich

Herr Kreft eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit der Einladung vom 21.11.2014 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Zu Beginn der Sitzung verpflichtet der Ausschussvorsitzende Herr Kreft den sachkundigen Bürger Hans-Ulrich Menke durch Vorsprechen und Nachsprechen der Verpflichtungsformel.

I. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde gem. § 12 der Geschäftsordnung des Kreistages

Auf Nachfrage des Vorsitzenden meldet sich kein Bürger zu Wort.

Niederschrift Sitzung des Finan	zausschusses am 02.12.2014
i nodorodinin onednig dod i man	

189/2014

- 6 -

2	 Jahresabschluss 2013	189/2014
	hier: Beschluss über das Jahresergebnis 2013	

Beschlussvorschlag:

Der Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2013, der im Jahresabschluss 2013 mit 4.603.231,50 € ausgewiesen ist, wird der Ausgleichsrücklage entnommen.

3. Bericht zur Haushaltssituation 2014

194/2014

Herr Dr. Funke geht anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und Anlage der Niederschrift ist (**Anlage 1**), auf die wesentlichen Erkenntnisse des Finanzstatusberichtes zum 15.10.2014 ein.

Nach der aktuellen Prognose liege der Jahresfehlbetrag für das Haushaltsjahr 2014 nunmehr bei rd. 2,2 Mio. € und bestätige damit die Entwicklung seit dem letzten Finanzstatusbericht vom 15.08.2014 (Jahresfehlbetrag rd. 2,3 Mio. €). Zur Deckung des prognostizierten Jahresfehlbetrages werde weiterhin die komplette Inanspruchnahme der verbleibenden Ausgleichsrücklage erforderlich (rd. 888 T€). Zudem sei auch nach der aktuellen Prognose von einer Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage (rd. 1,3 Mio. €) auszugehen.

Die Entwicklung im Jobcenter (-1,6 Mio. €) und im Personalbudget (-960 T€) seien insbesondere als Gründe für die Abweichung vom Haushaltsplan anzuführen.

Abschließend geht Herr Dr. Funke noch auf die Vermögensanlagen des Kreises ein. Der aufgebaute Kapitalstock zur Abfederung zukünftiger Pensionszahlungen weise gegenwärtig einen Vermögensstand von rd. 16 Mio. € aus. Für das Jahr 2014 seien planmäßig Mittel i.H.v. 2 Mio. € zugeführt worden.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4. Darlehensgewährung an den FMO Flughafen Müns- 213/2014 ter/Osnabrück GmbH

Herr Dr. Funke erläutert ausführlich die Berichtsvorlage. Er führt aus, dass es in dem Beschlussvorschlag zunächst um das Gesellschafterdarlehen für das Geschäftsjahr 2015 gehe. Das Gesamtkonzept der Finanzierung werde nach aktuellem Stand in einer gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und Kreisausschusses am 27.02.2015 ausführlich vom Geschäftsführer der FMO Flughafen Münster/Osnabrück GmbH (Herrn Prof. Dipl.-Ing. Gerd Stöwer) dargelegt.

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wurde auch ein Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 15.11.2014 beraten, der den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt und Anlage der Niederschrift ist (**Anlage 2**).

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.11.2014:

"Der Finanzausschuss / Kreisausschuss / Kreistag möge beschließen:

- 1. Die im HH 2015 bereitgestellten Mittel von 410.000 € werden als Darlehen gewährt.
- 2. Die Gewährung der in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Darlehen erfolgt unter folgenden Bedingungen:
- a) Es wird gutachterlich bestätigt, dass die betriebswirtschaftlichen Potenziale vom Passagieraufkommen her ausreichen, um den Betrieb des Flughafens ohne regelmäßige Zuführung öffentlicher Mittel aufrecht zu erhalten,
- d. h., es wird verbindlich prognostiziert, dass im Einzugsbereich des FMO eine ausreichende Nachfrage nach Flugreisen existiert
- b) Die zu erwartende Entwicklung der Landeentgelte wird berücksichtigt.
- 3. Das laufende Planfeststellungsverfahren zur Verlängerung der Start- und Landebahn wird endgültig eingestellt."

Abstimmungsergebnis: Punkt 1: einstimmig angenommen

Punkt 2: mehrheitlich abgelehnt Punkt 3: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die FMO-Gesellschafter, so auch der Gesellschafter Kreis Warendorf, stellen die wichtige regionalpolitische Bedeutung des FMO fest. Vor diesem Hintergrund muss der FMO mit einer klaren Zukunftsperspektive auf sichere Füße gestellt werden, um so im Wettbewerb bestehen und seine wichtige Aufgabe für die Region wahrnehmen zu können.

Auf der Basis der Finanzierungsvariante beschließt der Kreistag konkret für das Geschäftsjahr 2015 die Ausgabe eines Gesellschafterdarlehns in Höhe des jeweiligen prozentualen Anteils von 16,8 Mio. € des Gesellschafters am Stammkapital, somit für den Gesellschafter Kreis Warendorf 409.780 €.

Das Darlehn ist 3 Jahre tilgungsfrei und hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Es wird mit einem marktadäquaten Zins von 2,3 % p.a. (Zinsbindung 5 Jahre) verzinst. Das Darlehn wird zum 15. Februar 2015 bereitgestellt. Hierzu wird ein Darlehnsvertrag mit der FMO GmbH abgeschlossen.

Eine rechtliche Verpflichtung der Gesellschafter untereinander und/oder eine Verpflichtung der Gesellschafter gegenüber der FMO GmbH, weitere Finanzierungsmittel entsprechend des Finanzierungskonzeptes, sei es als Eigenkapital oder als Gesellschafterdarlehn, der FMO GmbH zur Verfügung zu stellen, wird mit diesem Beschluss noch nicht begründet.

Bezüglich der in dem Finanzierungskonzept dargestellten Einlagen und Gesellschafterdarlehn ab 2016 werden die Gespräche fortgeführt und bis zum 31.03.2015 Entscheidungen getroffen.

Ī	5.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren	210/2014
		für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes	
		des Kreises Warendorf	

Beschlussvorschlag:

- Der als Anlage 1 beigefügten Gebührenkalkulation für die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf in der beiliegenden Fassung wird zugestimmt.
- 2. Die als Anlage 3 beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Rettungsdienstes des Kreises Warendorf in der beiliegenden Fassung wird beschlossen.

6.	Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises	207/2014/1
	Warendorf	

(Diese Vorlage ergänzt die Ursprungsvorlage -207/2014- und wird in dieser Form auch im Finanzausschuss, Kreisausschuss und Kreistag behandelt.)

Beschlussvorschlag:

Die Allgemeine Gebührensatzung des Kreises Warendorf wird in der als Anlage 2 beigefügten Fassung beschlossen.

7.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2015 mit	208/2014
	Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit ande-	
	rer Fachausschüsse nicht gegeben ist	

Herr Kreft ruft die Teile des Haushaltsplanes 2015 mit Anlagen zur Beratung auf, die in die alleinige Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen. In diesem Zusammenhang werden folgende Anträge und Anfragen (Nr.1-15) beraten:

1. Anfrage der Piraten vom 28.11.2014:

"Anfrage zu IT Kosten für Kreistag, Verwaltung und Schulen"

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung, Bericht der Verwaltung (vgl. auch Anlage 4 – Präsentation zur aktuellen Entwicklung in der IT)

2. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:

"Den Ansatz für Investitionen in Systemtechnik für 2015 und die mittelfristige Finanzplanung um 20.000 € auf 400.000 € kürzen (5 %)."

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (12 Ja, 3 Nein)

3. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:

"Reduzierung der Ansätze für Softwarewartungsverträge um 10.000 € für 2015 und die mittelfristige Finanzplanung. Einzukaufende Dienstleistungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränken."

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (12 Ja, 3 Nein)

4. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:

"Reduzierung des Ansatzes für die Anliegerbeiträge für den Straßenausbau am Berufskolleg Beckum um 55.000 €, da ein Teil der Maßnahme erst in 2016 abgerechnet wird."

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (13 Ja, 2 Enthaltungen)

5. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 17.11.2014 sowie FWG-Kreistagsfraktion vom 23.11.2014

"Keine Verlängerung des Mietvertrags für das Landschulheim in Mellau"

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

6. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2014:

"Sommerfest auf Haus Nottbeck nur noch alle zwei Jahre. Daher Ansatzreduzierung um 15.000 € in 2015 und 2017."

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (4 Ja, 11 Nein)

7. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:

"Förderung der Rückkehrberatung, Haushaltsansatz auf einen jährlichen Höchstbetrag von 8.500 € anpassen."

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (13 Ja, 2 Nein)

8. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.12.2014:

"Durchführung einer geeigneten Veranstaltung zum Thema Flüchtlinge im Kreis Warendorf."

Abstimmungsergebnis: vertagt (Eine Beratung und Entscheidung erfolgt im Kreisausschuss)

9. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014:

Auftrag an die Verwaltung: Gespräche mit Städten und Gemeinden im Rahmen des weiteren Ausbaus der interkommunalen Zusammenarbeit führen.

Hierzu soll Mitte des kommenden Jahres über die Ergebnisse und die weiteren Verfahrensschritte berichtet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

10. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 15.11.2014, der FDP-Kreistagsfraktion vom 17.11.2014 sowie der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2014

"Senkung des Aufwandes für Tierkörperbeseitigung um 300.000 €"

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

11. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 01.12.2014:

"Durchführung einer geeigneten Veranstaltung zum Thema Lebenslagen älterer Menschen im Kreis Warendorf."

Abstimmungsergebnis: vertagt (Eine Beratung und Entscheidung erfolgt im Kreisausschuss)

12. Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktion vom 17.11.2014 sowie der FWG-Kreistagsfraktion vom 20.11.2014

"Zuführung zum Kapitalstock Pensionslasten von zwei auf eine Million reduzieren und die dadurch verfügbare eine Million Euro der Sondertilgung zum beschleunigten Schuldenabbau zuführen"

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja)

Daher keine Abstimmung zu den Anträgen der SPD-Kreistagsfraktion vom 19.11.2014 (haben sich dem o.g. Antrag angeschlossen) und der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.12.2014 (Antrag zurückgenommen)

13. geänderter gemeinsamer Antrag aller Kreistagsfraktionen in der Sitzung

"Senkung der Kreisumlage um 0,4 % auf nunmehr 37,2 % / Senkung der Jugendamts-umlage um 0,1 % auf 18,0 %. Bei der LWL-Umlage wird mit einem Hebesatz von 16,5 % kalkuliert."

14. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 20.11.2014

- "1. Die im Stellenplan 2015 und in den Folgejahren mit jeweils 0,5 Anteil eingeplanten Stellen im Bereich Waffenwesen in der Polizeiverwaltung und im Bereich Personalentwicklung werden nicht eingerichtet.
- 2. Die eingeplanten Mittel werden verstärkt für Ausbildungsinitiativen im technischen Bereich der Kreisverwaltung eingesetzt."

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung,

Zu Nr. 1: Antrag bezügl. der 0,5 Stelle im Bereich Waffenwesen zurückgenommen, Bericht der Verwaltung durch den Abteilungsleiter Polizei (Herrn Ingenohl)

Zu Nr. 2: Antrag bezügl. der 0,5 Stelle im Bereich Personalentwicklung zurückgenommen, da Zusage der Verwaltung, dass sich die Verwaltung mit Ausbildungsinitiativen und Gewinnung von Fachkräften befasst.

15. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.11.2014:

"Ab den Haushaltsplanberatungen 2016 soll dem Sprecher der Bürgermeister in der Sitzung des Finanzausschusses, in der der Haushaltsplan abschließend beraten wird, Gelegenheit gegeben werden, mündlich zum Entwurf des Haushaltsplanes Stellung zu nehmen."

Abstimmungsergebnis: geändert angenommen (13 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung) (Die Fraktionsvorsitzenden inkl. des Einzelmitglieds der Piraten sowie Vertreter der Kreisverwaltung werden nach der Haushaltseinbringung zeitnah ein Gespräch mit dem Bürgermeistersprecher führen; die genaue Ausgestaltung ist noch abzustimmen. Gemäß den Ausführungsbestimmungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales entscheidet der Landrat über die konkrete Ausgestaltung der Benehmensherstellung.)

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2015, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist, wird mit den Änderungen, die sich aus dieser Sitzung ergeben, beschlossen.

8.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haus-	209/2014
	haltssatzung 2015 mit Haushaltsplan und Anlagen	

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen ergeben, werden beschlossen.
- 2. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 17.10.2014 zum Eckdatenpapier des Landrats zum Entwurf des Kreishaushaltes 2015 sowie der Stellungnahme der Gemeinde Everswinkel vom 25.09.2014, der Stadt Ennigerloh vom 05.11.2014 sowie der Gemeinde Ostbevern vom 07.11.2014 sowie der Stadt Sendenhorst vom 14.11.2014 (Diese Stellungnahme wurde mit Schreiben vom 25.11.2014 an die Ausschussmitglieder nachgesandt) werden zur Kenntnis genommen. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend der beigefügten tabellarischen Übersicht behandelt.
- 3. Der Hebesatz zur allgemeinen Kreisumlage wird auf 37,2 v.H., der Hebesatz für die Jugendamtsumlage wird auf 18,0 v.H. festgesetzt.
- 4. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2015 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

9.	Delegation der Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Geldfor-	205/2014
	derungen auf den Vollstreckungs(außen)dienst der kreisan-	
	gehörigen Städte und Gemeinden	

Herr Dr. Seidel informiert die Mitglieder des Finanzausschusses anhand einer PowerPoint-Präsentation, die auch Anlage der Niederschrift ist (**Anlage 5**), über die geplanten Vollstreckungsvereinbarungen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen sollen am 01.04.2015 in Kraft treten.

Beschlussvorschlag:

Dem Abschuss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Vollstreckung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen zwischen dem Kreis Warendorf und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, die einen Vollstreckungsaußendienst betreiben, wird auf Basis des beigefügten Vereinbarungsentwurfs (Anlage 1) zugestimmt.

- 17 -

10.	Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr	195/2014
	2013	

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Mit einem Dank an die Anwesenden beendet Herr Kreft um 12:45 Uhr die Sitzung.

Peter Kreft Vorsitzender Dr. Stefan Funke Schriftführer